



Masterarbeit an der Professur für Forst- und Umweltpolitik

Die Etablierung von Mountainbike Trails rund um Freiburg

Hintergrund

Freizeitaktivitäten im Wald, wie z.B. Mountainbiking, wurden und werden immer populärer. Es ist aber schwierig, die in Baden-Württemberg gesetzlich vorgeschriebene Benutzung markierter Bike-Trails und Wege von mindestens zwei Metern Breite durchzusetzen. Abgesehen von Auswirkungen auf die Umwelt kann eine steigende Missachtung des Verbots auch in Konflikt mit der Waldbewirtschaftung geraten. Aus diesem Grund gibt es neuerdings verschiedene Initiativen für neue Radwege, die in Kooperation zwischen den Tourismusvereinen, der Verwaltung und den Waldeigentümern geplant und bereitgestellt werden. Da eine Inwertsetzung dieser Ökosystemleistungen bisher nicht erfolgt, fordern Waldeigentümer eine Kompensation der Opportunitätskosten.

In Freiburg wurden in den letzten Jahren Bike-Trails gebaut und ausgeschildert, die sich großer Beliebtheit erfreuen. Ein Erfolgsfaktor war offenbar, dass ein Teil der Mountainbike Szene in einem Verein organisiert ist und so als Partner für Verhandlungen und Beratung zur Verfügung stand. Außerdem scheint der Mountainbike Verein in der Lage zu sein, die Benutzung der neuen Trails bei Mitgliedern aber auch anderen Mountainbikern zu propagieren, da die illegalen Bauten und Fahrten durch den Wald zurückgegangen sind. Die Stadt als Waldeigentümerin hatte ebenfalls Interesse, dieses Angebot zu schaffen und gleichzeitig die Verkehrssicherung zu regeln.

Aufgabenstellung

Die Masterarbeit soll bestehende Zielkonflikte charakterisieren und herausarbeiten, wie die Bike Trails zustande kamen, d.h. es sollen die institutionellen Voraussetzungen und deren Entwicklung geklärt und der politische Prozess, der letztlich zu einer Einigung führte, dargestellt werden. Dies bedingt die Identifizierung der relevanten Akteure und eine Beschreibung des Prozesses bzw. der über die Zeit eingesetzten, häufig partizipativen, Verfahren (Informationsveranstaltungen, runde Tische, usw.).

Darauf aufbauend soll die Arbeit die zugrundeliegenden Einigungen zwischen den verschiedenen Stakeholdern als «alternatives Politikinstrument» klassifizieren. Dies soll in Abgrenzung zu alternativen Vorgehen, die gesetzlich auch möglich wären, dargestellt werden.

Dabei interessiert der gesamte «policy mix» einschließlich der Implementation und Durchsetzung der Vereinbarung. In dem Zusammenhang ist einerseits die Rolle der Mountainbike Akteure genauer zu untersuchen, aber auch die Instrumente, bzw. die zugrundeliegenden Verträge und ihre Bestimmungen in Hinsicht auf die Teilung der Kosten, die Haftungsregelungen und weitere Verpflichtungen.

Zuletzt soll die Master-Arbeit mögliche Instrumente diskutieren, die die Wirksamkeit der Maßnahmen erhöhen und die Finanzierung längerfristig sicherstellen können.

Mögliche Forschungsfragen

Wie können Zielkonflikte in der Fallstudie charakterisiert werden? Handelt es sich um Zielkonflikte zwischen Waldbewirtschaftung und Erholung oder vielmehr um Zielkonflikte zwischen verschiedenen Waldbesuchenden? Wer sind die involvierten Akteure und wie sind ihre Interessen zu vergleichen?

Wie kam es zu Konflikten und wie wurde dies durch die Rahmenbedingungen (bzw. deren Veränderung über die Zeit) sowie sich verändernde gesellschaftliche Bedürfnisse beeinflusst? Handelt es sich um Konflikte, die eher aus sich widersprechenden (gesetzlichen) Regeln entstehen oder aufgrund fehlender Regulierung?

Welche Politikinstrumente existieren und könnten angewandt werden (z.B. Durchsetzung der Verbote). Wie werden diese Optionen betreffend Ihrer Wirksamkeit durch die involvierten Anspruchsgruppen bewertet? Sind sich die Vertreter der Anspruchsgruppen über die zugrundeliegenden Annahmen einig? Wie akzeptiert sind die Instrumente bei den verschiedenen Anspruchsgruppen? Sind Implementierungsprobleme zu erwarten?

Wie kann die derzeit geltende Regelung (Mountainbike Trails) als alternativer «governance approach» gewertet werden? Welcher Instrumente-Mix wird angewandt? Welche Faktoren, (Überzeugungen, Entwicklung der Rahmenbedingungen, Organisationsstrukturen) waren entscheidend für die Erreichung der geltenden Regelung?

Forschungsdesign, Methoden

- Beschreibung und Charakterisierung des empirisch zu beobachtenden Zielkonflikts basierend auf Dokumenten und einer Literaturübersicht.
- Beschreibung des politischen Kontexts der Fallstudie.
- Identifizierung der relevanten Anspruchsgruppen, einschließlich der Beschreibung ihrer generellen Position.
- Auswahl von Interviewpartnern unter den identifizierten Anspruchsgruppen und Akteuren und Durchführung von Interviews um Forschungsfragen zu beantworten: Positionen der Anspruchsgruppen, Einschätzung des Prozesses, Beurteilung der Akzeptanz von konventioneller und geltender Regelung sowie allenfalls identifizierter Weiterentwicklungen.
- Identifizierung und Beschreibung der aktuellen Lösung sowie möglicher Alternativen.
- Überlegungen dazu, wie Kompensationslösungen für Ökosystemleistungen aussehen könnten.
- Schlussfolgerungen und Generalisierbarkeit der Resultate.

Betreuung

Betreuung durch Dr. Andy Selter von der Professur für Forst- und Umweltpolitik, Universität Freiburg. **E-Mail: andy.selter@ifp.uni-freiburg.de** (Tel: 0761 203-3716)

In Zusammenarbeit mit Dr. Tobias Schulz von der Eidg. Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft, Forschungseinheit Wirtschafts- und Sozialwissenschaften